Politiker sollen offenlegen, wie viel sie kassieren

Angriff auf die Ämtli-Sammler

SVP-Nationalräte wollen wissen, wie viel ihre Kollegen dank lukrativer Mandate absahnen.

Von Christof Vuille

Die Kasachstan-Affäre dominierte über Wochen die Schweizer Politik. Doch für viele Parlamentarier ist der Fall Markwalder nur die harmlose Spitze des Lobby-Eisbergs. Heute sind zwar die Interessensbindungen unserer Bundespolitiker, etwa Verwaltungsratsmandate, offengelegt. **Allerdings wird nicht klar, um wie viel Geld es geht.** Das möchten mehrere SVP-Nationalräte ändern. Die Gruppe besteht aus Peter Keller (NW), Oskar Freysinger (VS), Markus Hausammann (TG), Alfred Heer (ZH), Lukas Reimann (SG) und anderen.

Der Fall Markwalder ist nur die Spitze des Eisbergs.

Der Nidwaldner Keller ärgert sich über Politiker, die dank ihrer Wahl für Verbände und Firmen interessant wurden und nun abkassieren. **Er will bald eine für SVP-Verhältnisse angriffige parlamentarische Initiative für mehr Transparenz einreichen,** die von den Kollegen mitunterzeichnet wurde.

Die Idee dazu stammt aus dem deutschen Bundestag. Analog sollen Schweizer Politiker ihre Einkünfte offenlegen – fein säuberlich abgestuft in zehn Kategorien.

In seiner Initiative sieht Keller als Stufe 1 Beträge von 1200 bis 3500 Franken, als Stufe 5 Einkünfte zwischen 30 000 und 50 000 Franken. Bei Stufe 10 geht es schliesslich um Nebeneinkünfte von über 250 000 Franken pro Jahr aus einem einzigen Mandat. **Wer nur Spesen unter 1200 Franken erhält, dürfte das Ämtli als ehrenamtlich taxieren.** Das soll auch klar erkennbar sein.

Ins Visier geraten damit Ämtchensammler wie CVP-Chef Christophe Darbellay, der etwa die IG Mineralwasser präsidiert. Aber auch Politikerinnen mit lukrativen Verwaltungsratsmandaten wie etwa FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter (Bâloise, NZZ) müssten diese Einkünfte offenlegen.

Laut SVP-Vizepräsident Oskar Freysinger seien Politiker vom Volk gewählt und hätten dieses in Bern zu vertreten – «und nicht Verbände, die sie fürstlich entlohnen». **Wer gut bezahlte Posten sammle, solle «die Grösse haben, dazu zu stehen», sagt der Walliser Staatsrat.**

Keller hat nichts dagegen, wenn Politiker Interessen vertreten – nur müsse es transparent geschehen. **«Das gilt vom Gewerbeverband bis zu den Gewerkschaften und vom Finanzplatz bis zur Ökobranche.»** Der «Weltwoche»-Autor ist ein Verfechter des Milizparlaments – und sieht dieses durch seine Offensive nicht in Gefahr.

Das bestätigen auch Linke. Jean-François Steiert (SP/FR) unterstützt das Anliegen voll und ganz: «Mit einer Offenlegung der Einkünfte würde das Milizparlament viel glaubwürdiger, weil mehr Transparenz herrscht.»

Unterstützung gibt es auch von Thomas Minder, dem Vater der Abzocker-Initiative. Der parteilose Schaffhauser Ständerat geht allerdings weiter: «Jeder Rappen gehört offengelegt, auch Spesen.» Minder arbeitet an einer entsprechenden Volksinitiative.

Peter Keller
Der Nidwaldner hat kein Problem mit Politikern, die Interessen vertreten. Aber es müsse transparent geschehen – «vom Finanzplatz bis zur Ökobranche», so der SVP-Mann.

Das umstrittenste Bier der Schweiz

Prost, Negerweizen!

Der Mohrenkopf in der Konditorei, das Zigeunerschnitzel im Restaurant: So richtig politisch korrekt sind diese Speisen nicht. In Baden AG haben jetzt Monique (54) und Bernd Schendel (55) vom Restaurant Baldegg Ärger am Hals. **In seinem Biergarten schenkt das Wirtepaar das umstrittenste Bier der Schweiz aus: das «Negerweizen».**

Seit April 2014 betreiben die beiden Bayern das Restaurant auf dem Badener Hausberg Baldegg. Fester Bestandteil auf der Getränkekarte ist seitdem das Negerweizen – ein Mix aus Weizenbier und Cola. **«Wir kommen aus München. Da ist der Ausdruck völlig normal.** Niemand würde dahinter einen fremdenfeindlichen Akt sehen», sagt Monique Schendel.

Ein Gast sah das anders, wie die «Aargauer Zeitung» berichtet. Deshalb hat das Wirtepaar eingelenkt – **und das Negerweizen in Cola-Weizen umgetauft.** Monique Schendel: «Wir wollten niemanden provozieren.»

Mit dieser Art von Ärger sind die Restaurantbetreiber nicht allein. Im März berichtete BLICK über den Zünfter-Zoff in Bern. Dort hatten zwei SP-Stadträte gefordert, **das Wappen der «Zunft zum Mohren» zu verbieten.** Darauf zu sehen: ein Schwarzer mit wulstigen Lippen und fliehender Stirn.

Vor ein paar Jahren änderte eine Luzerner Kaffeerösterei nach 160 Jahren den Namen ihres «Negerlikaffees». Er geht heute als politisch korrekter «Hauskaffee» über die Theke. Auch der Besitzer des Zürcher Cafés Mohrenkopf denkt immer wieder darüber nach, **den Namen seines Lokals zu ändern.**

Das Ehepaar Schendel hat zwar nachgegeben, die Aufregung können sie trotzdem nicht verstehen: «Ein Zigeunerschnitzel gibts doch auch überall. **Soll das jetzt in Fahrenden-Schnitzel umbenannt werden?»** Darum bleibt die Getränkekarte weiterhin ein bisschen politisch unkorrekt. Das Negerweizen ist weg, **dafür gibts immer noch den «Russ'n»** – so heisst in Bayern ein Weizenbier mit Zitronenlimonade.

Jessica von Duehren

Können den Ärger nicht verstehen: Monique und Bernd Schendel.

Foto: Thomas Lüthi

Blick.ch+ Umfrage
Verhalten Sie sich immer politisch korrekt?
- Nein, beim Wort Mohrenkopf denke ich nicht an Menschen.
- Ja, ich versuche, niemandem wehzutun.
- Politisch korrekt ist langweilig.

Stimmen Sie ab auf Blick.ch
POLITISCH KORREKT

Auch nichts für ganz Korrekte: Mohrenkopf und Zigeunerschnitzel.

SP ist nun für Transportflieger

Bern – Vor zehn Jahren brachte eine unheilige Allianz aus SVP, Grünen und SP die umstrittene 109 Millionen Franken teure Beschaffung neuer Transportflugzeuge zum Absturz. **SVP und Grüne sagen auch heute noch Nein.** Doch bei der SP hat der Wind gedreht. Die Fraktion spricht sich jetzt mit 20 zu 13 Stimmen für den Kauf aus. Die entsprechenden Vorstösse sind am Montag im Nationalrat traktandiert.

Ruedi Studer

Mehr Geld fürs Image der Schweiz

Sparschwur gebrochen!

Neuer Tag, neuer Bruch des Sparschwurs: Auch gestern **trieb das Parlament die Staatsausgaben in die Höhe.** Mit Unterstützung der CVP und FDP, die sich verpflichtet hatten, die Ausgaben auf dem Niveau von 2014 einzufrieren.

So will der Nationalrat in den nächsten vier Jahren **den Standort Schweiz mit 369 Millionen Franken fördern.** Das sind neun Millionen mehr als in den Jahren 2012 bis 2015.

Die SVP nahm sich die Exportförderung vor – und kämpfte für eine Senkung um fünf Millionen Franken. Die Grünliberalen waren bei diesen Sparanstrengungen an Bord, nicht aber die Allianzpartner FDP und CVP, weshalb der Versuch scheiterte. Beim grössten Brocken, den 220,5 Millionen für Schweiz Tourismus, wollte auch die SVP nicht sparen. Ein Versuch, diese auf 210 Millionen zu senken, scheiterte klar. Die CVP kämpfte gar für eine Aufstockung der Mittel – jedoch ohne Erfolg.

Im Ständerat hingegen funktionierte der SVP-FDP-CVP-Schulterschluss für einmal. Einstimmig versenkten die Bürgerlichen eine Initiative der Gewerkschaften, welche die AHV-Renten um zehn Prozent erhöhen will. Nico Menzato